

Newsletter Integration und Migration

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Neuer Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde

Die Jüdische Landesgemeinde in Thüringen hat Reinhard Schramm zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Der 68-jährige Schramm tritt die Nachfolge von Wolfgang Nossen an, wie die Gemeinde am 04.12.2012 mitteilte. Nossen, der 17 Jahre lang Gemeindevorsitzender war, hatte vor einem Jahr aus gesundheitlichen Gründen seinen Rückzug angekündigt.

Die Jüdische Landesgemeinde hat mehr als 800 Mitglieder, die meisten sind Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion. Schramm, der als Professor an der Technischen Universität Ilmenau arbeitet, war bisher stellvertretender Vorsitzender. Neue Stellvertreter sind Ilya Rabinovitch und Juri Goldstein.

Quelle: www.insuedthueringen.de

Integrationspreis 2013

Um Engagement für eine gelungene Integration in Thüringen zu würdigen, sichtbar zu machen und zu stärken, hat die Ausländerbeauftragte des Freistaates im Jahr 2011 zum ersten Mal einen Integrationspreis des Landes ausgelobt. Mit diesem Preis sollen bürgerschaftliches Engagement, gute Ideen und erfolgreiche Praxis in der Integrationsarbeit honoriert werden.

Die bisherige Beteiligung am Integrationspreis war sehr rege: es haben sich in den zwei Jahren über 50 Institutionen, Vereine und Initiativen beworben und es der Jury schwer gemacht, aus der Fülle an spannenden Aktivitäten, hilfreichen Maßnahmen und kulturellen Höhepunkten die Preisträger zu wählen.

Das Interesse am Integrationspreis hat gezeigt, dass ehrenamtlich engagierte Thüringer schon lange darauf gewartet haben, ihre Arbeit einem breiten Publikum vorzustellen. Im Rahmen einer Festveranstaltung wurde das Engagement ausgezeichnet und die Preisträger haben mit Stolz ihre Preise entgegengenommen.

Integrationsarbeit ist ein stetiger Prozess,

der die Gesellschaft immer wieder vor neue Herausforderungen stellen kann. Ohne ehrenamtliches Engagement wäre ein friedliches und erfolgreiches Zusammenleben in der Vielfalt nicht machbar. Daher ist und bleibt es eines der Hauptanliegen der Arbeit der Ausländerbeauftragten positive Beispiele dieses Engagements ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken, auch um mögliche „Nachahmer“ zu ermutigen.

Deshalb wird der Integrationspreis des Freistaats Thüringen in 2013 fortgeführt.

Bewerben Sie sich dafür oder schlagen Sie das überzeugende Engagement anderer vor! Wir sind gespannt auf Ihre Vorschläge und bitten um **Einsendung bis zum 15. Juli 2013** an:

Stichwort: Integrationspreis 2013

Thüringer Ministerium für Soziales,

Familie und Gesundheit

Werner-Seelenbinder-Straße 6

99096 Erfurt

Telefonische Rückfragen an: 0361 3798753

Mailanfragen an:

Adriana.Sonntag@tmsfg.thueringen.de

Quelle: Ausländerbeauftragte Thüringen

Start „TraBi 2020“ beim IIK und IB in Jena

Nach einem erfolgreichen Start in Erfurt, startet das Projekt "Transfer und Bildung - TraBi 2020" nun auch in Jena. Der IB Jena und das IIK führen das Bildungsprojekt gemeinsam durch. Die sechsmonatige Qualifizierung besteht aus unterschiedlichen, auf

einander abgestimmten Modulen, u.a. einem **B2-Sprachkurs**. Der Start in Jena ist am **08.04.2013**. Einen Flyer mit Kontaktdaten finden Sie auf unserer Internetseite: www.integration-migration-thueringen.de.

In dieser Ausgabe:

AKTUELLES AUS THÜRINGEN	1
Neuer Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde	1
Integrationspreis 2013	1
Start „TraBi 2020“ beim IIK und IB in Jena	1
WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND	2
Mehr Schutzsuchende im Jahr 2012	2
Neuer Migrationsbericht veröffentlicht	3
Wanderungsgewinn übersteigt Geburtendefizit	3
Deutlich weniger Schutzsuchende vom Balkan	3
Mehr Menschen mit türkischem Migrationshintergrund	3
Hochqualifizierte Migranten Offene Regelungen, geschlossene Gesellschaft	4
NEUIGKEITEN DER EU	5
Kostenloses DVD-Paket	5
Initiative gegen Menschenhandel	5
Tätigkeit der EU 2012	5
FÖRDERTÖPFE	5
Buchempfehlungen - Downloads - Termine	7
Impressum	7



WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

Mehr Schutzsuchende im Jahr 2012

Im vergangenen Jahr haben erneut deutlich mehr Menschen in Deutschland Asyl beantragt. Die Antragszahlen sind somit zum fünften Mal in Folge gestiegen. Die jüngsten Zahlen haben die Debatte über möglichen „Asylmissbrauch“ wieder angefangen. Inzwischen verhängten mehrere Bundesländer einen Winterabschiebestopp für besonders schutzbedürftige Roma.

2012 gingen 77.651 Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein, davon waren 64.539 Erstanträge und 13.112 Folgeanträge. Dies geht aus einem Mitte Januar veröffentlichten Bericht des Bundesinnenministeriums (BMI) und des BAMF hervor. Die Erstanträge stiegen demnach im Vergleich zum Vorjahr um 18.798 bzw. 41 % und die Folgeanträge um 5.506 bzw. 72 %. Nachdem die Asylverfahren in Deutschland von 2001 bis 2007 kontinuierlich abgenommen hatten und 2007 lediglich 19.164 Erstanträge gestellt wurden, stieg die Anzahl Schutzsuchender seit 2008 jährlich an. Der aktuelle Höchstwert liegt jedoch weit unter den Antragszahlen der frühen 1990er Jahre, als 1992 mit dem bisherigen Jahreshöchstwert 440.000 Menschen in Deutschland Asyl suchten.

Herkunftsländer: 71,8 % aller Asylsuchenden kamen im vergangenen Jahr aus zehn Herkunftsländern (siehe Tabelle). Die wichtigsten Herkunftsstaaten waren Serbien, Afghanistan, Syrien, Irak und Mazedonien. Während die Anzahl der Asylsuchenden aus Afghanistan und Irak 2012 leicht rückläufig war, hat sich die Zahl der in Deutschland schutzsuchenden syrischen Staatsbürger mehr als verdoppelt. Auch bei Serben, Mazedoniern, Bosniern und Russen gab es einen deutlichen Anstieg.

Schutzquote: Insgesamt wurden 61.826 Erst- und Folgeanträge entschieden, darunter 17.140 bzw. 27,7 % positiv (2011: 22,3 %). Davon erhielten 8.764 Personen (14,2 %) entweder die Anerkennung als Asylberechtigte nach Artikel 16a des Grundgesetzes oder die Rechtsstellung als Flüchtling nach der Genfer Konvention (GFK). Ihnen werden damit ein Aufenthaltsrecht für zunächst drei Jahre und weitgehende soziale Rechte zugestanden. 8.376 Personen (13,5 %) erhielten einen sogenannten „Abschiebungsschutz“ nach § 60 Aufenthaltsgesetz. Sie dürfen temporär nicht abgeschoben werden und bekommen eingeschränkte soziale Rechte. 30.700 Anträge wurden abgelehnt und 13.986 Anträge durch „sonstige Verfahren“ erledigt (z. B. Einstellung wegen einer Antragsrücknahme). Eine Anerkennung als Asylsuchender oder Flüchtling erhielten anteilig an den Antragstellern aus den jeweiligen Herkunftsländern überwiegend Personen aus dem Irak (57,5 %), Iran (51,9 %), Syrien (25,5 %) und Pakistan (17,1 %). Unter den 8.376 Schutzsuchenden, denen „Abschiebungsschutz“ gewährt wurde, befanden sich 70,2 % Syrer sowie 21,9 % Afghanen. Für die 25.345 Antragsteller aus Serbien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina oder dem Kosovo wurde in keinem Fall eine Asylberechtigung erteilt.

Lediglich sechs Personen erhielten den Rechtsstatus eines Flüchtlings nach der GFK, 105 einen „Abschiebungsschutz“.

Debatte über „Asylmissbrauch“: Das BMI erklärte in einer Pressemitteilung die extrem niedrige Anerkennungsquote von Asylbewerbern aus den letztgenannten Staaten damit, dass „offenbar asylfremde Motive für die Asylbeantragung maßgeblich waren“. Der Vorwurf eines „Asylmissbrauchs“ wird dabei seit Monaten kontrovers debattiert.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sagte als Reaktion auf die neuesten Statistiken: „Wir werden auch künftig entschlossen gegen den Missbrauch unseres Asylsystems vorgehen, damit diejenigen, die tatsächlich schutzbedürftig sind, bei uns auch Schutz bekommen können.“ Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, bewertete die Lage von Roma in Serbien und Mazedonien hingegen kritisch: „Die Angehörigen dieser Minderheit werden in ihren Herkunftsländern systematisch diskriminiert – sozial und politisch.“ Jelpke zufolge stiegen die Asylzahlen, „weil die Not der Flüchtlinge steigt“. Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl forderte einen Ausbau der Aufnahmekapazitäten für Asylsuchende. Zugleich mahnte Pro Asyl an, jeden „Einzelfall sorgfältig und unvoreingenommen“ zu prüfen. Dies hatte Ende Dezember auch der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma Romani Rose bei einem Treffen mit dem Bundesinnenminister eingefordert. Der Zentralrat hatte sich zudem besorgt über die öffentlichen „Asylmissbrauchs“-Vorwürfe gegenüber Roma geäußert. Rose war mit Friedrich jedoch auch einer Meinung, „dass das deutsche Asylrecht kein Instrument sein könne zur Lösung sozialer oder wirtschaftlicher Probleme in den Herkunftsländern“.

Bundespräsident: Im Dezember 2012 besuchte Bundespräsident Joachim Gauck das Übergangwohnheim für Asylbewerber in Bad Belzig bei Potsdam. Es war der erste Besuch eines Bundespräsidenten in einem Asylbewerberheim seit über 20 Jahren. Gauck schaltete sich in die „Asylmissbrauchs“-Debatte ein: „Wer meint, dass ihm durch die Asylbewerber etwas weggenommen wird, der irrt. Ich habe hier durchweg Menschen getroffen, die arbeiten können und die arbeiten wollen – die zum Teil sogar hoch qualifiziert sind.“

Winterabschiebestopp: Die Innenminister von Schleswig-Holstein, Thüringen, Bremen und Rheinland-Pfalz haben unterdessen bereits Mitte Dezember einen Winterabschiebestopp bis Ende März für besonders schutzbedürftige ausreisepflichtige Roma erlassen. Mecklenburg-Vorpommern schloss sich Mitte Januar an. Währenddessen wurden unter anderem in Dresden Mitte Januar 31 mazedonische und 47 serbische Staatsbürger abgeschoben. Pro Asyl, Flüchtlingsräte sowie weitere Initiativen fordern einen bundesweiten Winterabschiebestopp. Weitere Informationen: <http://namf.blogspot.de>, <http://zentralrat.sintiundroma.de>, www.bmi.bund.de, www.bamf.de,

Hauptherkunftsländer

Asylerstanträge			
Land	2011	2012	Veränd. (%)
Serbien	4.579	8.477	+85,1 %
Afghanistan	7.767	7.498	-3,5 %
Syrien	2.634	6.201	+135,4 %
Irak	5.831	5.352	-8,2 %
Mazedonien	1.131	4.546	+301,9 %
Iran	3.352	4.348	+29,7 %
Pakistan	2.539	3.412	+34,4 %
Russ. Föd.	1.689	3.202	+89,6 %
Bosnien u. Herzegowina	305	2.025	+563 %
Kosovo	1.395	1.906	+36,6 %

Quelle: BAMF

WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

Neuer Migrationsbericht veröffentlicht

Immer mehr Menschen ziehen nach Deutschland. Zuwanderung ist in Deutschland mit Blick auf den demographischen Wandel und der Gewinnung von Fachkräften von großer Bedeutung. Dies zeigt der heute veröffentlichte Migrationsbericht, der einen umfassenden Überblick über das Migrationsgeschehen 2011 gibt.

Angestiegen ist die Zahl der zugewanderten Hochschulabsolventen und der Fachkräfte, die im Rahmen des internationalen Personalaustauschs nach Deutschland kamen. Im Jahr 2011 sind zudem mehr ausländische Staatsangehörige nach Deutschland gekommen, um an einer deutschen Hochschule ein Studium zu beginnen, als jemals zuvor.

Innerhalb der Europäischen Union (EU) konnte sowohl gegenüber den alten als auch gegenüber den neuen EU-Mitgliedstaaten ein positiver Wanderungssaldo registriert werden. Stark angestiegen ist die Zuwanderung aus den südeuropäischen EU-Staaten, die von der Finanzkrise besonders betroffen sind. Insgesamt betrachtet stammten etwa drei Viertel aller zugewanderten Personen (75,8 Prozent) aus Europa. Der Anteil der Zuzüge aus den EU-Staaten beträgt 62,1 Prozent. Häufigstes Herkunftsland der zugezogenen Menschen war Polen, gefolgt von Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Italien.

Der Ehegatten- und Familiennachzug blieb im Jahr 2011 im Vergleich zu den Vorjahren auf konstantem Niveau. Weiter gestiegen ist dabei jedoch der Familiennachzug aus Indien. Insgesamt konnte im Jahr 2011 im Vergleich zu den Vorjahren ein deutlicher Anstieg der Zuzugszahlen bei gleichbleibender Zahl der Fortzüge beobachtet werden. Dadurch ergab sich ein Wanderungsüberschuss von 279.000 Personen, der höchste seit dem Jahr 1996.

Quelle: www.bamf.de

Wanderungsgewinn übersteigt Geburtendefizit

Wie das Statistische Bundesamt am 14. Januar mitgeteilt hat, kann für das Jahr 2012 von einem Bevölkerungsanstieg ausgegangen werden. Zwar standen den geschätzten 660.000 bis 680.000 lebend geborenen Kindern im vergangenen Jahr etwa 860.000 bis 880.000 Todesfälle gegenüber, woraus sich ein deutliches Geburtendefizit ergibt. Jedoch zeichnet sich nach dem Wanderungsgewinn im Jahr 2011 erneut ein hoher positiver Wanderungssaldo für Deutschland ab. Es wird damit gerechnet, dass im Jahr 2012 mindestens 340.000 Menschen mehr aus dem Ausland nach Deutschland zogen als ins Ausland abwanderten. Einen derart hohen Wanderungsgewinn gab es zuletzt 1995. www.destatis.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 01/2013

Deutlich weniger Schutzsuchende vom Balkan

Im Januar 2013 haben in Deutschland 7.332 Personen Asyl beantragt. Die Zahl der Schutzsuchenden ist damit im Vergleich zum Vormonat um 2.452 Personen (50,2 %) gestiegen. Dies geht aus der Mitte Februar veröffentlichten Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hervor. Hauptherkunftsländer der Asylsuchenden waren Syrien (1.060 Antragsteller), Russland (1.030), Afghanistan (659), Iran (521) und Irak (432). Im Vergleich zu den Vormonaten war bereits im Dezember 2012 die Zahl der Schutzsuchenden aus Serbien, Mazedonien, dem Kosovo sowie Bosnien und Herzegowina stark rückläufig und blieb nun den zweiten Monat in Folge auf verhältnismäßig niedrigem Niveau. Wie bereits im Vorjahr erteilte das BAMF auch im Januar keiner einzigen Person aus Serbien, Kosovo oder Bosnien und Herzegowina eine Asylberechtigung. In der Kritik steht dabei das für diese Länder vom BAMF angewandte „Schnellverfahren“, bei dem teilweise innerhalb von sieben Tagen über einen Antrag entschieden wird. www.bamf.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 02/2013

Mehr Menschen mit türkischem Migrationshintergrund

Am 30. Januar hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seinen Migrationsbericht 2011 veröffentlicht. Hierin wird die größte Herkunftsgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, die Türkeistämmigen, auf 2,95 Mio. Menschen beziffert. Im Vorjahresbericht waren es lediglich 2,48 Mio. Die Differenz (+ 471.000) ist allerdings nicht auf eine starke Zuwanderung oder besonders hohe Geburtenzahlen dieser Bevölkerungsgruppe zurückzuführen. Der Zuwachs ist vielmehr einer neuen statistischen Darstellungsmethode im Mikrozensus geschuldet. Kinder, die in Deutschland geboren und deutsche Staatsbürger sind, deren Eltern jedoch aus einem anderen Land stammen, waren bisher keiner bestimmten Herkunftsgruppe zugeordnet. Sie wurden unter die „Menschen mit Migrationshintergrund ohne Angabe zum Herkunftsland“ subsumiert. Im aktuellen Bericht wurden aber diejenigen Kinder von Migranten, deren Eltern beide aus demselben Land stammen, der entsprechenden Herkunftsgruppe zugeordnet. Kinder, deren Eltern aus verschiedenen Ländern eingewandert sind, werden weiterhin der oben genannten Migrantengruppe zugeordnet. www.bamf.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 02/2013

WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

Hochqualifizierte Migranten Offene Regelungen, geschlossene Gesellschaft?

Die Hürden für die Zuwanderung von hochqualifizierten Fachkräften sind heute in Deutschland niedriger als in den meisten anderen Industrieländern. Trotzdem ist die Zuwanderung von Arbeitsmigranten bislang relativ gering. Dies geht aus einem Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hervor. Fachkräftemangel: Der am 4. Februar vom stellvertretenden OECD-Generalsekretär Yves Leterme und Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) vorgestellte Bericht empfiehlt transparentere Verwaltungsverfahren, mehr fachbezogene Deutschkurse und mehr Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen.

Nach Analysen der Bundesagentur für Arbeit zeigt sich aktuell kein flächendeckender Fachkräftemangel in Deutschland, wohl aber gibt es Engpässe in einzelnen technischen Berufsfeldern sowie in Gesundheits- und Pflegeberufen. Durch die demographische Entwicklung ist absehbar, dass sich diese Engpässe in Zukunft verstärken werden.

Geringe Fachkräftezuwanderung: Bei immer noch mehr als 3 Mio. Arbeitslosen gibt es derzeit rund 850.000 offene Stellen. Die Besetzung der Stellen mit Arbeitslosen lässt sich nicht immer realisieren, da Arbeitssuchende oft nicht über die benötigten Qualifikationen verfügen. Wenn Bewerber mit hohen Qualifikationen fehlen, können Arbeitgeber schon heute weltweit Fachkräfte anwerben. Allerdings ist der Anstieg der Arbeitsmigration nach Deutschland bisher vor allem auf Zuzüge aus anderen EU-Ländern im Rahmen der Freizügigkeit zurückzuführen. Die Rekrutierung von Nicht-EUBürgern für potenziell dauerhafte Zuwanderung lag 2011 bei rund 25.000. Relativ zur Bevölkerung ist die Neuzuwanderung dieser Arbeitsmigranten daher in Deutschland – ähnlich wie in Frankreich oder Japan – sehr gering. Auf 10.000 Einwohner kommen ca. zwei Arbeitsmigranten aus Drittstaaten (2011), während z. B. das Vereinigte Königreich und Italien zehnmal höhere Werte aufweisen, so dass zwei Arbeitsmigranten auf 1.000 Einwohner kommen.

Rechtliche Rahmenbedingungen: Gegenwärtig bestehen für die internationale Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Nicht-EU-Ländern, die ein Arbeitsangebot in Deutschland haben, kaum noch rechtliche Beschränkungen. Auch die Bearbeitungszeiten, die oft als Hindernis für eine Rekrutierung aus dem Ausland genannt werden, betragen inzwischen für Hochqualifizierte selten mehr als einen Monat und sind damit im internationalen Vergleich gering, wie die OECD-Auswertung zeigt (vgl. Abbildung). Bei Berufen, für die kein Hochschulabschluss erforderlich ist, gibt es dagegen hohe Hürden.

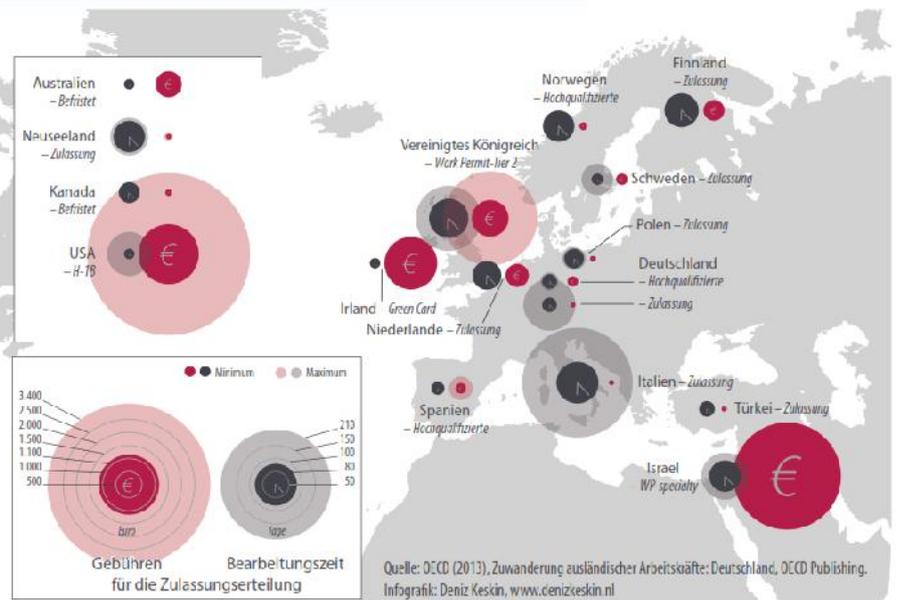
Die Bundesregierung hat allerdings eine neue Beschäftigungsverordnung angekündigt, die ab Juli 2013 auch für Fachkräfte mit mittlerem Qualifikationsniveaubessere Zuwanderungsmöglichkeiten bieten soll.

Hürden: Ein „Vermächtnis des allgemeinen Anwerbestopps“ (Leterme) besteht darin, dass diese Möglichkeiten immer noch als Ausnahmen präsentiert werden, was sich nach den Empfehlungen der OECD ändern sollte. Außerdem sind die Verfahren für Unternehmen, die selten oder erstmals Anträge stellen, relativ kompliziert und intransparent. Nach einer Umfrage unter 1.100 Unternehmen in Deutschland planen vor allem kleine und mittelgroße Unternehmen trotz erwarteter Engpässe nur in geringem Umfang Einstellungen aus dem Ausland. Insbesondere kleine und mittelgroße Unternehmen, bei denen ein Großteil des Bedarfs gemeldet wird, scheinen auf Deutschkenntnisse und sehr spezifische Qualifikationen zu bestehen, die im Ausland schwer zu finden sind. Die Nachfrage nach Deutschkursen übersteigt derzeit in vielen Ländern der Welt das Angebot. Auch das Potenzial internationaler Studierender, die nach dem Studium 18 Monate lang nach einer qualifikationsadäquaten Beschäftigung in Deutschland suchen dürfen, wird noch nicht vollständig ausgeschöpft. Ein Grund könnte in der schlechten Vorhersehbarkeit liegen, ob die Ausländerbehörden den Arbeitsplatz als qualifikationsadäquat akzeptieren, so die OECD Studie.

Diese Prüfung ist vor allem angesichts der Tatsache problematisch, dass eine unterqualifizierte Beschäftigung von Hochschulabsolventen in Deutschland durchaus üblich ist und Zuwanderer noch stärker betrifft als im Inland Geborene. In der europäischen Arbeitskräfteerhebung (2006 bis 2010) wurde festgestellt, dass unter den Ingenieuren, Architekten oder Fertigungstechnikern 33 % der im Inland Geborenen und 44 % der Zuwanderer in Beschäftigungen arbeiten, die unter ihrem Qualifikationsniveau liegen. Allerdings zeichnet sich ab, dass die im August 2012 eingeführten Aufnahmebedingungen für Hochqualifizierte (die sogenannte Blue Card) besser angenommen werden als erwartet.

.....weiter Seite 5

Visa für Fachkräfte: Gebühren und Bearbeitungszeiten



WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

...Fortsetzung von Seite 4

In den ersten sechs Monaten nach Einführung wurden nach vorläufigen Zahlen 4.126 Blue Cards in Deutschlanderteilt, davon waren ungefähr ein Drittel Neuzuwanderer und der Rest Bewerber, die bereits in Deutschland lebten. Viele von ihnen sind Ärzte oder Ingenieure, insbesondere aus der Informations- und Kommunikationstechnologie. Hauptherkunftsländer sind Indien (983), China (398), Russland (262) und die USA (182).

Reaktionen auf die OECD-Studie: „Wir sind einen weiten Weg in kurzer Zeit gegangen. Vor drei Jahren ging es vorrangig um Abwehr von Zuwanderung, jetzt zeichnet sich ein Gesinnungswandel ab. Wir fragen nicht mehr, woher jemand kommt, wir fragen, was jemand kann“, resümierte Bundesarbeitsministerin von der Leyen bei der Vorstellung der OECD-Studie. Sie wies auf ein Sonderprogramm in Höhe von 140 Mio. Euro zur Förderung der Mobilität von jungen Fachkräften in der EU hin, mit dem vor allem Sprachkurse im Heimatland, Zuschüsse für Reisekosten zu Vorstellungsgesprächen oder Praktika finanziert werden sollen. Die Vorsitzende des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) Christine Langenfeld ist jedoch skeptisch, ob ein Imagewandel im Ausland schon wahrgenommen wird: „Deutschland muss sein altes Image des Nicht-Einwanderungslandes loswerden und ein klares Willkommenssignal an hochqualifizierte Zuwanderersenden.“

Weitere Informationen: www.oecd-ilibrary.org,
www.oecd.org, www.bundesregierung.de,
<http://statistik.arbeitsagentur.de>

Quelle: Migration und Bevölkerung 02/2013

NEUIGKEITEN DER EU

Kostenloses DVD-Paket

Lehrerinnen und Lehrer können kostenlos das pädagogische Paket „Entdecke die Europäische Union mit Euro-parlTV“ anfordern. Durch 20 verschiedene Themen stellt die DVD I (11-15 Jahre) die Schlüsselemente der EU vor. Die DVD II (15-18 Jahre) bietet eine vertiefte Analyse und eine historische Darstellung der wichtigsten Meilensteine und der europäischen Politik.

Quelle: EU KOMP@KT 3-2013

Initiative gegen Menschenhandel

Die EU-Kommission hat am 18. Februar 2013 eine Initiative zur Bekämpfung von Menschenhandel und organisierter Kriminalität an den EU-Außengrenzen vorgestellt. Das mit 1,5 Mio. Euro ausgestattete Pilotprojekt soll die Länder Aserbaidschan, Bosnien-Herzegowina, Moldawien und die Türkei beim Vorgehen gegen Menschenhandel unterstützen. Gefördert werden soll die regionale Zusammenarbeit,

der Informationsaustausch sowie Maßnahmen zur besseren Strafverfolgung.

Quelle: EU KOMP@KT 04-2013

Tätigkeit der EU 2012

Der auch als E-Book erhältliche Gesamtbericht über die Tätigkeit der EU 2012 beschäftigt sich mit dem Prozess zur Schaffung einer politischen Union, mit der Verbesserung der wirtschaft-politischen Steuerung und der Finanzstabilität in der EU, mit Initiativen zur Wachstumssteigerung, mit Möglichkeiten zur stärkeren Fokussierung auf die Bürgerinnen und Bürger, mit den EU-Außenbeziehungen sowie mit der Arbeit der europäischen Organe und Einrichtungen. Abgerundet wird der Bericht durch die chronologische Aufstellung der Maßnahmen, die die EU zur Bewältigung der Schuldenkrise ergriffen hat.

Quelle: EU KOMP@KT 04-2013

FÖRDERTÖPFE

Ausschreibung und Antragstellung

Projektvorschläge zur Förderung durch die SOLID-Fonds können für das Förderjahr 2013 eingereicht werden. Da es sich um das letzte Jahr der Förderperiode SOLID 2007-2013 handelt, können nur einjährige Projekte gefördert werden. Die Projekte aus dem Förderjahr 2013 können vom 01.01.2013 bis zum 30.06.2013 durchgeführt werden. Weitere Voraussetzungen für die Förderung stehen im Jahresprogramm 2013 und der Ausschreibung für den jeweiligen Fonds.

Zuwendungsempfänger können regelmäßig nur juristische Personen des internationalen oder öffentlichen Rechts oder eingetragene juristische Personen des Privatrechts sein (zum Beispiel: Träger der freien Wohlfahrtspflege, kirchliche und karitative Einrichtungen, eingetragene Vereine, nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen, Gebietskörperschaften) allein oder in Partnerschaft mit anderen. Dabei wird seitens der EU-Zuständigen Behörde ausdrücklich erwünscht, verstärkt von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, Partnerschaften untereinander einzugehen, die die Durchführung größerer Projekte erlauben. Erfahrungen erfolgreicher Projekte aus den Vorjahren zeigen, dass sich die gemeinsame Nutzung von Know-how und finanziellen Ressourcen als sinnvoll und effektiv erwiesen hat und dadurch Synergieeffekte genutzt werden konnten.

Bei der Antragstellung für eine Projektförderung sind die hier eingestellten Vordrucke zu verwenden. Sie können die Formulare herunterladen und ausdrucken oder auch direkt an Ihrem PC ausfüllen. Unter den einzelnen Links finden Sie weitere Erläuterungen pro Formular. Bitte beachten Sie, dass für jedes Projekt nur eine Maßnahmeart im Antrag ausgewählt werden kann.

FÖRDERTÖPFE

Für das Förderjahr 2013 steht ein einheitliches Antragsformular zur Verfügung (Bitte beachten Sie die zweimalige Unterschrift auf der letzten Antragsseite).

Die Antragsunterlagen sind elektronisch und in Papierform zu übersenden. Als rechtswirksam gestellter Antrag gilt nur die unterzeichnete und fristgerecht eingegangene Papierform. **Abgabefrist für den Antrag ist der 10.04.2013.** (Eingangsdatum beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge/Außenstellen).

Quelle: BAMF

Wettbewerb

„Ideen für die Bildungsrepublik“

Der bundesweite Wettbewerb „Ideen für die Bildungsrepublik“ würdigt Projekte und Initiativen, die zu mehr Bildungsgerechtigkeit für Kinder und Jugendliche beitragen. Schirmherrin des Wettbewerbs ist Bundesbildungsministerin Annette Schavan. Die „Bildungsideen“ werden von einer Expertenjury ausgewählt und im Rahmen einer individuellen Preisverleihung ausgezeichnet. Projekte und Initiativen, die sich nachhaltig für mehr Bildungsgerechtigkeit engagieren, können sich **bis zum 24. März 2013 bewerben.**

Eine ausgezeichnete „Bildungsidee“ erfüllt folgende Kriterien:

- **Bildungsgerechtigkeit** Eine Bildungsidee fördert die Bildungsgerechtigkeit für Kinder und Jugendliche vor Ort.
- **Partnerschaft und enge Vernetzung** Eine Bildungsidee vernetzt verschiedene Akteure aus der Kinder- und Jugendarbeit, soziale Träger, Vereine, Initiativen und Institutionen, Schulen und Hochschulen.
- **Vorbildcharakter** Eine Bildungsidee regt durch ihr Vorbild zur Diskussion über neue Wege in der Bildungsrepublik an und ermutigt zur Nachahmung.
- **Nachhaltigkeit** Eine Bildungsidee zeichnet sich durch kontinuierliches Engagement für mehr Bildungschancen in Deutschland aus.

Für alle Fragen rund um den Wettbewerb steht Ihnen das Projektteam gern zur Verfügung. Sie erreichen es unter der Telefonnummer 030 / 236 078 444 (Montag bis Freitag, 9:00 bis 18:00 Uhr) oder per E-Mail an bildungsideen@land-der-ideen.de.

Mit dem Wettbewerb „Ideen für die Bildungsrepublik“ wollen die Initiatoren die Arbeit der vielen Menschen in Deutschland sichtbar machen, die mit großem Einsatz mehr Bildung für Kinder und Jugendliche ermöglichen. Unter der Schirmherrschaft der Bundesministerin für Bildung und Forschung Annette Schavan soll der Wettbewerb herausragendes Engagement im Bildungsbereich würdigen und zugleich beispielhafte Projekte herausstellen und zur Nachahmung anregen. Gefördert wird der Wettbewerb vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Kooperationspartner ist die Vodafone Stiftung Deutschland. Unter dem Motto „Gemeinsam für mehr Bildungschancen“ suchen wir Initiativen, Institutionen und Vereine, die sich

miteinander vernetzen. Denn wo sich Eltern, Lehrer, Erzieher und Sozialarbeiter zusammenschließen, da wird Bildungsgerechtigkeit vor Ort gefördert. Wo Schule, Kirche, Vereine und die lokale Wirtschaft zusammenarbeiten, da erhalten Kinder und Jugendliche bessere Bildungschancen.

Seit August 2011 zeichnen wir herausragende Bildungsideen aus, die von einer Expertenjury ausgewählt werden.

Diese Bildungsideen sollen in der Bildungslandschaft Vorbild sein und zur Nachahmung einladen.

Quelle: www.land-der-ideen.de



Ausschreibung: Werkstatt in Vielfalt

Die Robert Bosch Stiftung hat aktuell den Fördertopf „Werkstatt in Vielfalt“ ausgeschrieben. Die Stiftung möchte damit Projekte für eine lebendige Nachbarschaft und bürgerschaftliches Engagement von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund fördern. Die Projekte sollen „Brücken zwischen Lebenswelten“ sein und dazu beitragen, dass „Vielfalt zur Normalität“ wird. Die Stiftung fördert längerfristige Projekte, die darauf zielen zum interkulturellen Miteinander auf der Mikroebene (in der Nachbarschaft, im Viertel oder Stadtteil) beizutragen. Die Projektdauer kann von sechs Monaten bis hin zu zwei Jahre betragen.

Anträge können u.a. von:

- Gemeinnützigen Vereinen
- Bildungseinrichtungen
- Einrichtungen der Jugendarbeit
- Religiösen Institutionen
- Institutionen der Stadtteilarbeit wie z.B. Initiativgruppen und Bürgerbüros
- Migrantenselbstorganisationen gestellt werden.

Inhaltliche Schwerpunkte sollen darauf liegen, dass:

- Das Miteinander von Kindern und Jugendlichen (acht bis 27 Jahre) unterstützt wird
- Das Verständnis zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gestärkt wird
- Unterschiedliche Kompetenzen und Erfahrungen im gemeinsamen aktiven Tun genutzt werden
- Kinder und Jugendliche aktiv teilnehmen und Selbstwirksamkeit erfahren

Eine besondere Berücksichtigung erfahren Projekte, die einen konkreten TeilnehmerInnenkreis benennen und mit KooperationspartnerInnen abgestimmt sind. Die Projekte werden insgesamt mit bis zu maximal 7.000€ gefördert. **Einsendeschluss** für Anträge ist der **15.03.2013**. Weitere Informationen finden Sie hier: http://www.mitarbeit.de/werkstatt_vielfalt.html.

Quelle: Ibis - Infodienst Integration 01/13

Buchempfehlungen - Downloads - Termine

BÜCHER

Margreth Lünenborg, Katharina Fritsche, Annika Bach:
Migrantinnen in den Medien. Darstellungen in der Presse und ihre Rezeption.

Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2012

In den Medien und mit ihnen wird Teilhabe an der Gesellschaft hergestellt – aber welches Bild vermitteln die Medien von Migrantinnen?

Bestellung: www.bpb.de/shop

Bereitstellungspauschale: 4,50 Euro, Bestellnummer: 1266

Urmila Goel, Jose Punnamparambil und Nisa Punnamparambil-Wolf (Hg.):

InderKinder. Über das Aufwachsen und Leben in Deutschland.

Draupadi Verlag, November 2012, 19,80 €, ISBN 978-3-937603-73-5.

In diesem Buch schreiben Kinder von Migranten und Migrantinnen aus Indien, die schon lange keine Kinder mehr sind und von denen viele schon selbst Kinder haben, über das Aufwachsen und Leben als InderKind in Deutschland. www.urmila.de

Margreth Lünenborg, Katharina Fritsche, Annika Bach:
Migrantinnen in den Medien. Darstellungen in der Presse und ihre Rezeption.

Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2012 In den Medien und mit ihnen wird Teilhabe an der Gesellschaft hergestellt – aber welches Bild vermitteln die Medien von Migrantinnen?

Bestellung: www.bpb.de/shop

Bereitstellungspauschale: 4,50 Euro, Bestellnummer: 1266

Quelle: Migration und Bevölkerung 01/2013

Zentrum für Integration und Migration des Landeshauptstadt Erfurt

Impressum

Herausgeber:

Internationaler Bund GmbH

Projekt Transfer und Bildung - TraBi 2020

Rosa-Luxemburg-Str. 50

99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

Fax: 0361 3467666

E-Mail: zim@integration-migration-thueringen.de

Internet: www.integration-migration-thueringen.de

Redaktion: Beate Tröster, Anita Müller

gefördert aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds und durch das Thüringer Innenministerium



VERANSTALTUNGEN

Europäische Migrationspolitik - Werte, Politik und Realitäten - Seminar

Termin: 18.03.2013 11:00 Uhr bis 20.03.2013 15:30 Uhr

Ort: Gesellschaft für Politische Bildung e.V., Akademie Frankenwarte, Leutfresserweg 81 - 83, 97082 Würzburg

Veranstalter: Gesellschaft für Politische Bildung e.V. - Akademie Frankenwarte

Kontakt: Tel.: +49 / 931 80464 – 340

E-Mail: Carmen.Schmitt@frankenwarte.de

Weitere Informationen: www.frankenwarte.de

Familien in Migration – Migration in Familien

Familienpolitische Fachtagung

Termin: 19.04.2013 13:00 Uhr bis 19.04.2013 21:00 Uhr

Ort: Hoffmannshöfe, Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt

Veranstalter: Verband binationaler Familien u. Partnerschaften, iaf e.V.

Kontakt: +49/69 - 713 756 21;

E-Mail: maria.ringler@verband-binationaler.de

Weitere Informationen: www.verband-binationaler.de

Pädagogische Professionalität in der Migrationsgesellschaft

Tagung des Arbeitsbereiches Interkulturelle Bildung an der Universität Bremen in Kooperation mit dem Center for Migration, Education and Cultural Studies der Universität Oldenburg

Termin: 19.04.2013 12:30 Uhr bis 21.04.2013 14:00 Uhr

Ort: Universität Bremen, Bibliothekstraße 1; 28359 Bremen

Veranstalter: Prof. Dr. Yasemin Karaka o lu, Arbeitsbereich Interkulturelle Bildung, Fachbereich 12: Erziehungs- und Bildungswissenschaften Universität Bremen; Prof. Dr. Paul Meceril, Center for Migration Education and Cultural Studies, Fakultät für Bildungs- und Sozialwissenschaften Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Kontakt: +49/421 218 69120,

E-Mail: Katrin.Dorow@uni-bremen.de

Weitere Informationen: www.fb12.uni-bremen.de

Group-Focused Hostility – Its Roots and Its Consequences

Seminar "Menschenrechtsbildung für die Vorbilder der Zukunft"

Termin: 01.06.2013 bis 30.06.2013

Ort: Berlin

Veranstalter: Humanity in Action, Kontakt: +49/30 44308271,

Mail: Antje.Scheidler@humanityinaction.org

Weitere Informationen: www.humanityinaction.org

Migration und Urbanität / Migration and Urbanity

Internationale Konferenz / International Conference

Termin: 13.06.2013 bis 15.06.2013

Ort: Institut Integration und Partizipation der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW (Olten, Schweiz), Institut für Regional- und Migrationsforschung IRM (Trier, Deutschland), Centre de Documentation sur les Migrations Humaines CDMH (Dudelange, Luxemburg), Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Fakultät für Kulturwissenschaften, Abteilung Interkulturelle Bildung (Klagenfurt, Österreich)

Veranstalter: Basel, Kontakt: +41/62 95720-57,

E-Mail: [Prof. Dr. Geisen, thomas.geisen@fhnw.ch](mailto:Prof.Dr.Geisen,thomas.geisen@fhnw.ch)

Weitere Informationen: www.migrationskonferenz.ch/

Quelle: <http://www.migration-info.de>